

*NIEDERSCHRIFT*

über die Sitzung des Stadtrates, am 28.01.2021, 18:00 Uhr, im großen Saal des  
Schloßtheaters, Schloßhof 6, Ottweiler

---

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Holger Schäfer

Mitglieder (Stimmberechtigt)

2. Herr Christian Batz
3. Frau Ingrid Ursula Behr
4. Herr Dr. Wolfgang Brück ab 18.31 Uhr TOP 4 ÖT - 18.36 Uhr, ab TOP 7 ÖT
5. Herr Jörg Budke
6. Herr Hennig Burger
7. Frau Melitta Daschner
8. Herr Robert Ehm
9. Frau Mira Fularczyk
10. Herr Ralf Georgi
11. Herr Klaus Hans Gerhardt
12. Frau Judith Heckmann
13. Herr Bernhard Hesch
14. Herr Hans Peter Jochum
15. Frau Bianca Knapp
16. Herr Timo Lejeune ab 18.35 Uhr TOP 6 ÖT - 18.37 Uhr, ab TOP 7 ÖT
17. Herr André Lickes
18. Frau Insa Meiser
19. Herr Karl-Heinz Nätzer
20. Herr Otfried Ratunde
21. Herr Jan Rosenfeldt
22. Frau Laima Rui
23. Herr Markus Schley
24. Herr Michael Schmidt
25. Herr Damhat Sisamci
26. Herr Günther Sticher
27. Herr Mathias Thull
28. Frau Elke Walgenbach
29. Herr Gerd Rainer Weber ab 18.57 Uhr TOP 2 NÖ - 19.00 Uhr TOP 5 NÖ
30. Herr Alexander Weiß
31. Frau Sabine Werner
32. Herr Hans Woll

Es fehlten:

Mitglieder (Stimmberechtigt)

33. Frau Janka Häckelmann
34. Herr Johannes Schmitt

von der Verwaltung

35. Frau Iris Brück
36. Frau Inge Herz
37. Herr Holger Herrmann, Personalrat
38. Frau Doris Prietzel, Protokollführung
39. Herr Gerhard Schmidt
40. Herr Stefan Schmidt
41. Herr Sascha Veith
42. Frau Heike Völzing

Bürgermeister Schäfer eröffnet die erste Sitzung im neuen Jahr 2021, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder, die anwesenden Kollegen der Verwaltung, die stv. Seniorenbeauftragte Frau Ursula Weisshaupt, den Naturschutzbeauftragten aus Steinbach, Herrn Morgenstern, und vom Ortsrat Ottweiler Frau Christl Laueremann. Ebenso wird der Personalratsvorsitzende Herr Holger Herrmann und von der Saarbrücker Zeitung Herr Michael Beer begrüßt.

Herr Schäfer gratuliert dem Stadtratsmitglied Frau Laima Rui nachträglich zum runden Geburtstag.

Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Bedenken erhoben. Unter Bezugnahme auf den § 44 (1) KSVG wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Änderungswünsche liegen weder von Seiten der Verwaltung noch von den Ratsmitgliedern vor. Somit ist die vorliegende Tagesordnung angenommen.

## **Tagesordnung:**

### **A) Öffentliche Sitzung**

1. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2020 - öffentliche Sitzung
2. Stellenplan 2021  
Vorlage: Amt 10/019/2020
3. Bildung und Besetzung eines Notausschusses gem. § 51a Abs. 5 KSVG sowie Änderung der Geschäftsordnung  
Vorlage: Amt 10/020/2020/1
4. Entschädigung der Ratsmitglieder  
Vorlage: Amt 10/021/2020
5. Beschaffung von neuen Registrierkassen und EC-Kartenterminals  
Vorlage: Amt 32/001/2021
6. Mitgliedschaft bei Saarland Bibliotheken e.V.  
Vorlage: Amt 32/026/2020
7. Fortschreibung der Verordnung zur Errichtung von Photovoltaik (PV) auf Agrarflächen (VOEPV): Beteiligung der Stadt Ottweiler  
Vorlage: Amt 61/001/2021
8. Mitteilungen und Anfragen
9. Einwohnerfragestunde

### **B) Nichtöffentliche Sitzung**

1. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2020 - nicht öffentliche Sitzung
2. Abschluss eines Erschließungsvertrages Wohngebiet "Am Kirschbaum" in Ottweiler-Steinbach  
Vorlage: Amt 60/001/2021
3. Abschluss eines Erschließungsvertrages "Wohnbebauung Brechkaul" in Ottweiler-Mainzweiler  
Vorlage: Amt 60/002/2021
4. Abschluss eines Erschließungsvertrages "Blieszentrum" in Ottweiler-Zentral  
Vorlage: Amt 60/033/2020
5. Umbau der Sportplatzes Seminarstraße in einen Kunstrasenplatz: Übernahme der Projektträgerschaft (Grundsatzentscheidung)  
Vorlage: Amt 60/003/2021
6. Umnutzung der Gewerbeimmobilie Fürther Straße 9  
Vorlage: Amt 61/085/2020
7. Mitteilungen und Anfragen

## A) Öffentliche Sitzung

### **TOP 1 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2020 - öffentliche Sitzung**

Herr Dr. Brück bittet um Änderung in dem 2. Absatz des TOP 18: Herr Batz ist Mitglied der CDU und nicht SPD.

Zu dem TOP 18, Absatz 1 auf Seite 13 ist Herr Lickes so nicht einverstanden, da es missverständlich ausgedrückt sei, wer was gesagt habe und er beantragt folgende Änderung des Absatzes:

*„Herr Rosenfeldt bekräftigt nochmals, dass sich jeder Organisation, die von Radikalen versucht werde zu unterwandern, ferngehalten werden solle. Der Rechtsstaat sei zu schützen. Gleichzeitig unterstellt er Herrn Lickes, ungesetzliche und radikale politische Aktivitäten zu befürworten und fragt ihn, ob er noch ganz bei Sinnen sei.*

*Herr Lickes verwahrt sich gegen diese Unterstellung und betont, dass die Verfassung des Rechtsstaates sehr wohl politische Aktionen außerhalb genormter Formen zulasse.“*

Mit dieser Änderung sieht sich Herr Rosenfeldt nicht einverstanden, da aus seiner Sicht jede Passage eine unzutreffende Wiedergabe seiner Wortmeldung ist. Als Stellungnahme von Herrn Lickes zu seinen Aussagen können diese dennoch in das Protokoll aufgenommen werden. Mit einer Ergänzung des Protokolls um den folgenden, seiner Aussage vorangegangenen Redebeitrag von Herr Lickes zeigt er sich einverstanden:

*„Sich immer nur auf den Rechtsstaat zu beziehen, sei dem Grunde nach richtig, aber wenn Dinge so schief laufen wie im Moment in unserer Politik, was Flüchtlinge und Asylbewerber angehe, dann müssen Wege gefunden werden und sich dagegen gewehrt werden.“*

Herr Schäfer weist darauf hin, dass lediglich ein Ergebnisprotokoll erstellt werde. Daher wird entschieden, dass über die Niederschrift vom 17.12.2020 – öffentlicher Teil – heute nicht abgestimmt werde.

### **TOP 2 Stellenplan 2021 Vorlage: Amt 10/019/2020**

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und informiert, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen habe. Er weist darauf hin, dass der Stellenplan sich gegenüber dem Vorjahr um eine Stelle erhöht habe. Dabei handelt es sich um eine Stelle als Hauswirtschaftskraft in der Betreuung in Lautenbach, da diese aufgestockt wurde. Des Weiteren stehen in diesem Jahr noch zwei Stellen als Anerkennungspraktikanten /-in in Kitas bereit als auch einen Ausbildungsplatz im Garten- und Landschaftsbau.

Herr Dr. Brück (SPD) fragt nach, wann in der Verwaltung wieder Auszubildende ausgebildet werden.

Herr Veith führt aus, dass dies für das Jahr 2022 vorgesehen sei.

Herr Burger (Grüne) weist darauf hin, dass in den nächsten 4 bis 5 Jahren ca. 30 Mitarbeiter in der Verwaltung ausscheiden werden, dass rechtzeitig dafür gesorgt werde, dass Nachwuchs ausgebildet wird.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den als Anlage beigefügten Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 zu beschließen.

**TOP 3 Bildung und Besetzung eines Notausschusses gem. § 51a Abs. 5 KSVG sowie Änderung der Geschäftsordnung**  
**Vorlage: Amt 10/020/2020/1**

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss für einen Notausschuss mit 16 Sitzen bereits mehrheitlich empfohlen habe (8 x ja, 5 x nein). Ebenso führt er aus, dass durch die Änderung des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) vom 08./09.12.2020 gemäß § 51a Absatz 5 KSVG werde. Die Sitzverteilung würde wie folgt vorgenommen werden:

CDU	8 Sitze
SPD	5 Sitze
Die Linke	1 Sitz
Grünen	1 Sitz
AfD	1 Sitz

Wunsch war es, dass alle Fraktionen mit wenigstens 1 Sitz in dem Notausschuss vertreten seien.

Herr Dr. Brück (SPD) führt aus, dass dieser Ausschuss kein normaler Ausschuss sei, er sei fast ein Ersatz- Stadtrat. Er könne fast alles beschließen und der Stadtrat müsse es im Nachgang noch bestätigen. Dieser Ausschuss habe eine Sonderstellung. Daher könne er nicht nachvollziehen, dass ein Notausschuss mit 16 Sitzen gebildet werden solle. Die CDU habe dann ein Vetorecht, das entspreche nicht dem Mehrheitsverhältnis im Stadtrat. Der Notausschuss solle den Stadtrat vertreten, daher wäre es sinnvoll, dass die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat auch im Notausschuss abgebildet werden. Das sei aber nur bei einem 17er Ausschuss möglich. Nach seiner Kenntnis gibt es im Saarland keine Stadträte mit einer geraden Zahl an Sitzen. Der Gesetzgeber habe das bewusst so gemacht, damit eine Pattsituation nicht entstehe. Daher plädiert die SPD-Fraktion für den 17er Ausschuss.

Herr Batz (CDU) führt aus, dass bei der Bildung des Notausschusses alle Vorgaben des KSVG berücksichtigt seien. Ein Ausschuss ab 16 Personen sei möglich, ebenso auch ein 17er. Die CDU-Fraktion sehe nicht die Notwendigkeit für einen 17er Ausschuss. Die Pattsituation gibt es sowohl beim 16er als auch beim 17er Ausschuss, nämlich dann, wenn es beim 17er eine Enthaltung gebe. Der Notausschuss tage nur bei notwendigen Entscheidungen. Wenn es dann eine Pattsituation gibt, dann habe der Ausschuss seine Aufgaben nicht verstanden. Der 17er Ausschuss sei seiner Meinung nach nicht die richtige Variante, weil der Ausschuss dann tagt, wenn der Stadtrat nicht zusammen kommen könne. Allerdings sei der Stadtrat schon mit 17 Mitgliedern beschlussfähig. Der 17er Ausschuss hätte aber weniger Rechte als die gleichen 17 Mitglieder aus dem Stadtrat, da die Beschlüsse erst noch durch den Stadtrat genehmigt werden müssten. Das passe aus Sicht der CDU nicht zusammen.

Herr Burger (Grüne) ist der gleichen Meinung wie die SPD-Fraktion, dass der Notausschuss mit 17 Sitzen gebildet werden sollte und dass auch die kleinen Fraktionen vertreten seien.

Herr Georgi (Die Linke) schließt sich den Aussagen der Herren Dr. Brück und Burger an. Es müsse auf jeden Fall jede Fraktion vertreten sein und der Ausschuss solle 17 Sitze haben.

Frau Behr (AfD) ist ebenso dieser Meinung, dass alle Fraktionen berücksichtigt werden sollten.

Herr Lickes merkt an, dass die Aussage des Herrn Batz nicht korrekt sei, da der Ausschuss nur 17 Mitglieder habe, es können auch nicht mehr Mitglieder dazu kommen. Der Stadtrat bestehe aber aus 33 Mitgliedern. Es sei nicht das gleiche, wenn der Stadtrat mit 33 Mitgliedern zur Sitzung einberufen werde, aber nur 17 Mitglieder kommen, dann sei der Stadtrat beschlussfähig. Dies sei eine ganz andere Situation, daher habe die Aussage von Herrn Batz keine Relevanz.

Herr Lejeune nimmt den Vergleich mit den 17 anwesenden Personen aus dem Stadtrat wieder auf, denn der Ausschuss könne auch mit weniger als 17 Personen tagen und sei beschlussfähig sein. Wenn

der Stadtrat auf 17 Personen reduziert werden würde, hätten wir ein Problem, wenn tatsächlich nur 15 Personen kommen würden.

Herr Batz bittet um 18.22 Uhr um eine Sitzungsunterbrechung für 2 Minuten.

Herr Schäfer gibt der Sitzungsunterbrechung statt und führt die Sitzung um 18.24 Uhr wieder weiter.

Herr Batz führt aus, dass nach kurzer Beratung die CDU-Fraktion weiterhin einen Ausschuss mit 16 Personen als sinnvoll sehe, allerdings schließe sich die Fraktion der Aussage von Herrn Lejeune an, einen Ausschuss mit 17 Sitzen zu bilden.

Herr Burger weist nochmal darauf hin, dass keine CDU-Mehrheit und keine Pattsituation entstehen sollen.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig,

1. die Bildung eines Notausschusses gem. § 51a Abs. 5 KSVG mit einer Ausschussstärke von 17 Sitzen zu beschließen sowie die Ausschussmitglieder zu benennen und
2. § 25a der Geschäftsordnung sowie den Anhang hinsichtlich des Notausschusses gem. der Anlage zur Sitzungsvorlage zu ergänzen.

#### **TOP 4 Entschädigung der Ratsmitglieder Vorlage: Amt 10/021/2020**

Bürgermeister Schäfer erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss keine Beschlussempfehlung an den Stadtrat abgegeben habe. Der Ausschuss habe eine monatliche Grundpauschale in Höhe von 60 € sowie ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 € zur Diskussion in den Raum gestellt und sich für eine einheitliche Grundpauschale für alle Ratsmitglieder ausgesprochen. Ebenfalls angeregt wurde eine Erhöhung der monatlichen Grundpauschale der Ortsratsmitglieder auf 30 € sowie die Zahlung eines Sitzungsgeldes in Höhe von 30 €.

Herr Batz (CDU) stellt fest, dass seit mindestens 2004 die Aufwandsentschädigung unverändert sei. Die Vorbereitung der Sitzungen sei aufwendiger geworden, der Zeitaufwand für den Beratungsbedarf in der Fraktion habe sich erhöht. Daher sei er der Meinung, dass eine Anpassung gerechtfertigt sei. Allerdings solle die Entschädigung nicht nur für den Stadtrat, sondern auch für die Ortsräte erhöht werden. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Lejeune (SPD) teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion der Vorlage zustimme.

Herr Burger (Grüne) kann den Vorschlag nur unterstützen und weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren der Haushaltsrahmen in diesem Bereich nie ausgenutzt wurde.

Auch Herr Georgi (Die Linke) stimmt der Vorlage zu.

Frau Behr (AfD) stimmt ebenfalls der Vorlage zu und merkt an, dass eine Erhöhung gerechtfertigt ist.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, folgende Anpassung der Entschädigung der Ratsmitglieder ab Februar 2021:

1. Stadtrat:  
Die Stadtratsmitglieder erhalten eine monatliche Grundpauschale in Höhe von 60 €. Pro Ausschuss-/Stadtratssitzung erhalten die Mitglieder zusätzlich ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 €.
2. Ortsräte:  
Die Ortsratsmitglieder erhalten eine monatliche Grundpauschale in Höhe von 30 €. Pro Ortsratssitzung erhalten die Mitglieder zusätzlich ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 €.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, die Abrechnung der Entschädigung ab dem Beginn der digitalen Ratsarbeit über das Modul „Sitzungsgeld“ in der Sitzungsmanagement-Software abzuwickeln.

**TOP 5 Beschaffung von neuen Registrierkassen und EC-Kartenterminals**  
**Vorlage: Amt 32/001/2021**

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss bereits einstimmig empfohlen habe.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, der Inanspruchnahme von Mitteln in Höhe von 10.500,00 € im Vorgriff auf den noch zu beschließenden und zu genehmigenden Haushalt 2021 für die Beschaffung von neuen Registrierkassen und EC-Kartenterminals zuzustimmen.

**TOP 6 Mitgliedschaft bei Saarland Bibliotheken e.V.**  
**Vorlage: Amt 32/026/2020**

Bürgermeister Schäfer erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen habe. Ebenso weist er darauf hin, dass ab dem 15.02.2021 mit dem Umzug der Bücherei begonnen werde.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dem Saarland Bibliotheken e.V. beizutreten.

**TOP 7 Fortschreibung der Verordnung zur Errichtung von Photovoltaik (PV) auf Agrarflächen (VOEPV): Beteiligung der Stadt Ottweiler**  
**Vorlage: Amt 61/001/2021**

Der Vorsitzende erläutert ausführlich die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion dem Stadtrat einstimmig empfohlen habe, folgende Stellungnahme an die Landesregierung abzugeben:

*„Nach Ansicht der Stadt Ottweiler handelt es sich bei den dargestellten Solarflächen nicht um minderwertige Agrarflächen, da u. a. auch Streuobstwiesen davon betroffen sind. Es handelt sich teilweise*

*um ökologisch hochwertige Flächen, die auch Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile und Biotopflächen beinhalten. Zudem ist ein Teil der Flächen ungeeignet, da sie aufgrund der Emissionswerte einen zu geringen Abstand zur Wohnbebauung haben. Das gewachsene Landschaftsbild sollte durch den Bau von Photovoltaikanlagen auf Agrarflächen nicht verändert werden.“*

Herr Lickes (SPD) stellt fest, dass die Flächen Leimersbrunnengang und Wetschhausen nicht in dem Landesentwicklungsplan enthalten seien, diese Flächen müssten mit aufgenommen werden. Dafür würde keine EEG-Zulage gezahlt werden, weil sie nicht im Plan enthalten seien. Es könnte natürlich sein, dass die Investoren, die mit dieser Zulage rechnen, dies nicht glauben und es hätte den Nachteil, dass diese Photovoltaikanlagen überhaupt nicht zustande kommen. Das sollte nicht riskiert werden.

Herr G. Schmidt teilt mit, dass die Verwaltung sich darum kümmere, dass die Fläche Leimersbrunnengang wieder aufgenommen werde. Die Fläche Wetschhausen müsse noch geprüft werden.

Dr. Brück (SPD) bittet um 18.41 Uhr um Sitzungsunterbrechung.

Herr Schäfer nimmt die Sitzung um 18.44 Uhr wieder auf.

Herr Dr. Brück stellt klar, dass der Eindruck entstanden sei, dass Photovoltaik in Ottweiler nicht mehr möglich sei. Das sei so nicht gewollt. Es gehe darum, dass Flächen ausgewiesen werden, wo Photovoltaik möglich sei und wo nicht. Das sei der Plan des Landes, allerdings behält die Kommune die Hoheit. Die SPD-Fraktion plädiert, der Planung so zuzustimmen. Der Stadtrat habe immer noch das letzte Wort im Einzelfall.

Herr Batz (CDU) erinnert daran, dass es sich um die gleiche Stellungnahme handele, die vor 2 Jahren einstimmig oder mit großer Mehrheit beschlossen wurde und kann die Argumentation der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen.

Herr Schäfer bestätigt, dass es exakt der gleiche Beschluss von vor 2 Jahren sei, damals wurde einstimmig beschlossen. Die SPD-Fraktion könne nach der letzten Wortmeldung diesen Beschluss so nicht mittragen und möchte an dem Verwaltungsvorschlag festhalten, gar keine Bedenken oder Anregungen vorzutragen. Dies bestätigt die SPD-Fraktion.

Herr Sisamci führt aus, dass das eine die Entscheidung von vor 2 Jahren sei. Jetzt sei der Rat ein anderer und hat eine andere Meinung, daher eine andere Entscheidung.

Herr Jochum (CDU) merkt an, dass vor 2 Tagen im Ausschuss einstimmig dieser Vorlage empfohlen wurde und heute ist die Wahrheit der SPD-Fraktion eine andere.

Herr Rosenfeldt (CDU) führt aus, dass unabhängig davon, dass neue Gruppierungen entstanden seien, die den identischen Sachverhalt anders bewerten könnten, sei eindeutig erkennbar, dass es hier zu unterschiedlicher Auffassung der Flächen gekommen sei. Es werde über Umwelt, Ökologie und Klimaschutz gesprochen. Dem Klimaschutz wurde in Ottweiler bereits in extremen Maße genüge getan, und zwar mit einem sehr großen Anteil an Windkraftanlagen oder Solaranlagen, die den Bedarf in Ottweiler um ein Vielfaches decken. Bauern und Gestütte, die händeringend Flächen suchen, finden es nicht so gut, wenn jetzt noch Flächen rausgenommen werden, um darauf Solarparks zu bauen. Dies sollte Berücksichtigung finden.

Herr Lejeune führt aus, dass dies nicht der erste Stadtrat sei, der in seinem Votum nicht dem Votum eines Ausschusses folge. Es handele sich um einen ganz normalen demokratischen Vorgang. Wie Herr Dr. Brück bereits mitgeteilt habe, geht es nicht nur um Ottweiler, sondern auch um andere Kulissen. Die letzte Entscheidung, ob an dieser Stelle eine Anlage geeignet ist oder nicht obliege der Planungshoheit der jeweiligen Gemeinde oder Stadt. Es stelle sich die Grundsatzfrage, ob wir weiteren Photovoltaikausbau im Saarland wollen oder nicht.



Herr Burger (Grüne) verweist auf die Skepsis im Ausschuss und kann der Abstimmung aus 2018 nicht folgen. Was sind Agrarflächen, was sind minderwertige Agrarflächen, wo sind die großen Streuobstwiesen, wo sind all diese Einschränkungen, die die CDU-Fraktion aufführe. Die sehe er so nicht. In Ottweiler sei keine Überversorgung an erneuerbaren Energie vorhanden.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (17 x ja, 12 x nein und 2 x Enthaltung), die Empfehlung des Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschusses:

Nach Ansicht der Stadt Ottweiler handelt es sich bei den dargestellten Solarflächen nicht um minderwertige Agrarflächen, da u. a. auch Streuobstwiesen davon betroffen sind. Es handelt sich teilweise um ökologisch hochwertige Flächen, die auch Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile und Biotopflächen beinhalten. Zudem ist ein Teil der Flächen ungeeignet, da sie aufgrund der Emissionswerte einen zu geringen Abstand zur Wohnbebauung haben. Das gewachsene Landschaftsbild sollte durch den Bau von Photovoltaikanlagen auf Agrarflächen nicht verändert werden.

**TOP 8      Mitteilungen und Anfragen**

8.1 Herr Schäfer führt aus, dass von Seiten der Stadtverwaltung keine Mitteilungen und Anfragen vorliegen.

8.2 Frau Meiser erkundigt sich, wann im Wiesengelände im Bereich der „Butsch“ in Mainzweiler der Grünschnitt erfolge und weist darauf hin, dass ab März kein Schnitt mehr erfolgen dürfe. Sie weist darauf hin, dass in der Vergangenheit der Rückschnitt erfolgreich war, denn bei Starkregen habe sich der Wasserstand um ca. 20 cm gesenkt. Dies sollte Beachtung finden.

Herr G. Schmidt teilt mit, dass dies bereits beauftragt sei und im Februar durchgeführt werden sollte.

**TOP 9      Einwohnerfragestunde**

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

Der Vorsitzende

Schriftführerin:

gez. Holger Schäfer

gez. Doris Prietzel